

Nationale Identität und die Aufgaben der politischen Bildung

Es ist heute von großer Wichtigkeit, das Problem der nationalen Identität in Zusammenhang mit den Traditionen und Konzeptionen der politischen Bildung in verschiedenen gesellschaftlichen Systemen zu analysieren. Eine solche Analyse ist für die Einschätzung und Lösung der Frage unerlässlich, auf welchem Wege das Erbe der nicht allzu ferne liegenden totalitären Vergangenheit bewältigt werden kann.

„Nationale Identität“ ist als eine Assoziation oder Identifikation von Gruppen und Individuen mit einer Ganzheit oder einem System von Verhältnissen definiert worden, nicht selten auch in Abgrenzung von anderen Gruppen. In der heutigen wissenschaftlichen Literatur aber bekommt dieser Begriff neue Deutungen – von soziokulturellen bis hin zu spezifisch politischen –, um die Orientierungen von politischen Eliten zu charakterisieren. Zum Beispiel wird die Absicht der Staaten der Visegrad-Gruppe in die EU und die NATO einzutreten, von einigen Fachleuten interpretiert als Bestreben, „eine zentrale europäische Identität zu entwickeln ... (und) ... die Bande, die sie an Osteuropa gebunden haben, zu lösen“ (S. R. Burant 1995, 1125).

Also wird eine solche Identitätsdeutung für die Beschreibung eines Systems von „inneren“ Orientierungen im Unterschied zu anderen Identifizierungsvarianten benutzt, die in der Regel auf die subjektive Einstellung der Wissenschaftler zu Ähnlichkeiten und Verschiedenheiten von Individuen, Gruppen und Völkern hinweisen. Diese „äußeren“ Gleichsetzungen können grundsätzlich auch den Ausgangspunkt für eine elaborierte Identitätsauffassung bil-

den. Sie unterliegen jedoch dem Vorwurf willkürlicher Festsetzungen, wenn die wissenschaftliche Methodologie politischen Tendenzen folgt. Zum Beispiel kann die Identifizierung von Esten, Letten und Litauern als Staatsvölker im Gegensatz zu den Belorussen und den Ukrainern, die J. Armstrong in den 60er Jahren vorgenommen hat, kaum als vollkommen wissenschaftlich gelten. Im Grunde genommen entsprach diese Betrachtungsweise der offiziellen Nichtanerkennung des gewaltsamen Anschlusses der baltischen Länder nach dem Molotov-Ribbentrop-Pakt (J. Armstrong 1968, 14–15, 21–22). Die Tatsache, daß die baltischen Völker bis zum Jahr 1917 keine eigene Staatlichkeit hatten und zusammen mit Belorussen und Ukrainern zum Bestand Rußlands gehörten, wurde außer acht gelassen.

Es ist völlig klar, daß eine Analyse der Identität nicht nur auf die Besonderheiten der Politik von nationalen Eliten beschränkt werden kann (J. Rothschild 1981, 27–30; A. D. Smith 1993, 54). Ich betrachte in erster Linie Besonderheiten der politischen Kultur, d.h. eine Sphäre von kognitiven, affektiven und valuativen Präferenzen, die eigentlich die Struktur von individuellen Einstellungen und Orientierungen zur Politik unter den Teilnehmern des politischen Systems bildet (G. A. Almond/G. B. Powell 1966, 50).

Die Erforschung des Einflusses kultureller Faktoren auf die Veränderungen in sozialen Systemen in einigen akademischen Kreisen erregt manchmal Besorgnis. Wie S. Huntington einmal bemerkt hat, ist „die Konzeption von Kultur in der Sozialwissenschaft mangelhaft, weil sie

gleichzeitig zu nachlässig und ungebräuchlich ist. Sie ist oberflächlich (und deshalb gefährlich), da sie in gewissem Sinne eine Randkategorie ist. Wenn die relevanten Unterschiede zwischen Gesellschaften durch andere Gründe nicht erläutert werden können, so ist es verlockend, diese der Kultur zuzuschreiben. Aber solche Erklärungsversuche erweisen sich oft als außerordentlich ungenau.“ (M. Weiner/S. Huntington 1987, 22–23).

Es ist trotzdem offensichtlich, daß eine Analyse des Posttotalitarismus, welche die kulturellen Traditionen nicht in Betracht zieht, an der Oberfläche des Phänomens verbleibt.

Die politische Kultur wird ihrerseits durch Eigenschaften des Nationalcharakters bedingt, der bei den europäischen Völkern im Laufe einer langen Entwicklung entstanden ist. Die Rolle historischer Bedingungen bei der Herausbildung des Nationalcharakters wurde von E. Fromm speziell hervorgehoben: „Es wird behauptet, daß man für jede Nation eine typische ‘Charakter-Matrix’ mit sich daraus ergebenden positiven und negativen Auswirkungen nachweisen könne, so daß jedes Volk entsprechend den unterschiedlichen historischen Bedingungen verschiedene Grundcharakterzüge entwickelt, die zwar nicht ewig, aber doch viele Generationen lang aufgrund der Wirkung und Wechselwirkung der verschiedenen oben erwähnten Faktoren erhalten bleiben. Man nimmt dabei an, daß diese relativ konstante Charakter-Matrix wertindifferent sei und unter bestimmten Bedingungen zu positiven Eigenschaften führe, unter anderen zu negativen.“ (E. Fromm 1989, 5).

Wenn man den Nationalcharakter als Ergebnis historischer Entwicklung betrachtet, darf man auch annehmen, daß gerade diese sozialgenetischen Züge, die sich in früheren Perioden der Geschichte herausgebildet haben, bei den unterschiedlichen Wegen der Überwindung des totalitären Erbes eine Hauptrolle spielen. In bestimmten Ländern haben sich die autonomen Strukturen – einflußreiche Intelligenz und Studentenschaft, katholische Kirche, unabhängige Gewerkschaften usw. – nicht der endgültigen Entartung unterworfen, sondern sind zugleich als Anführer der „antitotalitären Welle“ aufgetreten. Dies zeugt von einer bestimmten Standfestigkeit der politischen Kultur, die sich in der kapitalistischen Periode herausgebildet hat.

Die Daten soziologischer Umfragen in Rußland zeigen dagegen, daß die Reaktion der Bevölkerung auf liberale Reformen den Traditionen einer politischen Kultur entspricht, die G. Almond und G. Powell als „subject-participant“ (im Sinne einer politischen Partizipation von Untertanen) bezeichnet haben. Das Grundcharakteristikum dieses Typs ist eine Kombination von politischem Konformismus mit religiös-traditionellem Verhalten gegenüber der politischen Realität, das seinerseits gewisse Züge der Indifferenz hat (G. A. Almond/G. B. Powell 1966, 259, 273). Die Spezifik der russischen Variante dieser Kultur besteht darin, daß die patriarchalisch-monarchistischen Traditionen der früheren Staatlichkeit von der herrschenden kommunistischen Elite sehr eigentümlich umgestaltet worden sind. Totalitarismus und patriarchalisch-or-

thodoxes sozio-kulturelles System haben sich einander angepaßt. Rußland, das nach einer Bemerkung von Max Weber in Jahre 1906, „vor kaum mehr als einem Jahrhundert in seinen ‘nationalsten’ Institutionen starke Ähnlichkeiten mit der Monarchie Diokletians aufwies“ und „in der Tat keine ‘historisch’ orientierte und dabei doch lebensfähige ‘Reform’ vornehmen konnte“ (M. Weber 1988, 33f.), ist wahrscheinlich deshalb zur Urheimat des Totalitarismus geworden. Der sozialistische Radikalismus hat nur auf die Formen der Transformation und der Ideologie Einfluß ausgeübt.

Es ist kein Zufall, daß trotz aller Veränderungen der Gegenwart große Bevölkerungsgruppen in Rußland, Belorußland und der Ukraine ihre sowjetische Identität in aller Offenheit kundtun. Die Erhaltung der Grundelemente der traditionellen politischen Kultur fällt so sehr ins Auge, daß die oben erwähnte Charakterisierung von Almond and Powell von fast allen russischen Lehrbuchautoren verwendet wird. J. Miller unterstreicht in seinem Werk, das den Fragen der heutigen russischen politischen Kultur gewidmet ist, ebenfalls ihre folgenden Merkmale – Festhalten an der Idee des mächtigen Reichs, Nationalismus, Gemeinschaftlichkeit, Reformismus usw. (J. Miller 1995, 18).

Unter diesen Bedingungen mußte die Politik, die von der neuen regierenden Elite nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion unter liberalen Losungen eingeleitet worden ist, unvermeidlich in Konflikt mit den herrschenden Traditionen und Stereotypen des politischen Verhaltens geraten. Als Ergebnis können wir heute nicht nur die Hemmung und Entstellung der marktwirtschaftlichen Reformen feststellen, sondern auch die Bildung von politischen Institutionen, die nur den Anschein von Demokratie erwecken. Der neue pseudoliberalen Staat – in dem die Rollen sowohl der Herrscher als auch der neuen Groß-eigentümer mit den Vertretern der alten Nomenklatur besetzt sind, die sich aktiv mit kriminellen Elementen vermischen – hat alle Merkmale der totalitären Ordnung bewahrt: die Dominanz der Politik über die Wirtschaft, des Staates über die Gesellschaft und des politischen Willens über die ökonomischen Interessen (P. Kandel 1996, 99).

Alle diese Besonderheiten der russischen Gesellschaft zeigen deutlich, daß die Länder Zentraleuropas und Rußland aus der Sicht der posttotalitären Modernisierungsstrategie zu Beginn des 21. Jahrhunderts eine historische Dichotomie bilden könnten.

In diesem Zusammenhang ist es interessant daran zu erinnern, daß sich die politischen Prozesse in beiden Regionen ursprünglich im Rahmen eines gemeinsamen Modells entwickelten, das von den Fachleuten mit dem Namen der „Antipolitik“ belegt wurde. Dieser Begriff wurde für ein klareres Verständnis der Art der Legitimation der neuen politischen Eliten in postsozialistischen Staaten eingeführt. Wie die Erfahrung gezeigt hat, wurde die Lösung von neuen wirtschaftlichen und sozialen Problemen von Anfang an im Rahmen einer spezifisch büokra-

tischen Politik realisiert. Wie K. Mänicke-Gyöngyösi vor kurzem schrieb: „Sowohl die korporatistische Variante der Interessenvermittlung als auch die von Personen losgelöste Legitimierung staatlicher Machtausübung über gesatzte Regeln setzt bereits voll ausgebildete Institutionen intermediärer oder bürokratischer Art voraus, die der postsozialistischen Situation von osteuropäischen Übergangsgesellschaften unangemessen bleiben. Für diese ist es gerade charakteristisch, daß sie sich erst im Prozeß der Institutionenbildung befinden, wobei einerseits die Grenzen zwischen den Institutionen fließend bleiben und andererseits sich die Rationalitäten und Orientierungen, die die Handlungsspielräume und Verhaltensweisen innerhalb der Institutionen regeln, erst herausbilden. Bezogen auf die Aushandlungsmechanismen zwischen Arbeitnehmern, Managern und staatlichen Akteuren im intermediären und bürokratischen Bereich bedeutet dies, daß es schwierig wird, zwischen Klientelismus einerseits und rechtlich abgesicherter Interessenvermittlung bzw. bürokratischer Regelung andererseits zu unterscheiden.“ (K. Mänicke-Gyöngyösi 1995, 224–225).

Die Antipolitik ist die wichtigste Art und Weise, um Handlungsfreiheit für die neue Bürokratie sicherzustellen, die sich als fähig erwiesen hat, den Rat zu befolgen, den Pareto allen Herrschern gegeben hatte, d.h. in diesem Fall die radikalen antikommunistischen Stimmungen und Energien in eine Art politischer Führung zu transformieren, wenn die Instituierung von Markt und Demokratie völlig durch die Tendenz zur allgemeinen Staatsvormundschaft vermittelt ist. In der Übergangsperiode wird die Einheit zwischen der Macht und der Hauptmasse der Bevölkerung nicht durch Ergebnisse der Demokratisierung des politischen Lebens, sondern mit Hilfe der „symbolischen Integration“ erreicht: „Symbolische Integration kann den Mitvollzug demokratischer Partizipation unterstützen, aber auch dazu beitragen, daß Interessengegensätze überbrückt werden. Sie kann die Akzeptanz von Konflikt-schlichtungsmechanismen fördern, aber auch an ihnen vorbei, ohne sie im einzelnen nachzuvollziehen, die Staatsbürger in den Prozeß symbolischer Identifikation mit dem demokratischen Grundkonsens einbinden.“ (K. Mänicke-Gyöngyösi 1996, 13f.). Die politische Entwicklung fast aller postsozialistischen Länder zeigt, daß diese Art der politischen Führung wahrscheinlich ein unvermeidliches Stadium ist, das den Beginn der zukünftigen demokratischen Transformation symbolisiert. Aber niemand ist natürlich versichert gegen eine neue Windung der neokorporatistischen Spirale.

In diesem Zusammenhang möchte ich den Scharfsinn der Beobachtungen E. Fromms noch einmal betonen: „Auch sprechen gewisse Gründe für die Annahme, daß die Charakter-Matrix auf unterschiedliche historische Bedingungen zurückzuführen ist, während die positiven oder negativen Auswirkungen einer jeden Charakter-Matrix mehr oder weniger von den gleichen gesellschaftlichen und kulturellen Bedingungen abhängen. Die Verhinderung der freien Lebensentfaltung, Manipulation, Einschüchterung,

kurz jede Bedingung, die das Wachstum beeinträchtigt, hat negative Auswirkungen. Freiheit, Spontaneität und Wachstum – Bedingungen, die jedes Individuum als Selbstzweck und nicht als Mittel für die Zwecke anderer betrachten – führen zu einem positiven Ergebnis.“ (E. Fromm 1989, 5–6)

Die Bedingungen, die sich im heutigen Rußland herausbilden, sind weit entfernt davon, ein solches positives Ergebnis zu erreichen. Eine auffallende Besonderheit der postsozialistischen russischen Geschichte ist die globale Krise der Werte. Die Ursache des Zerfalls der Sowjetunion war nicht nur die Konkurrenz von politischen Eliten, sondern auch der sittliche Verfall, der vielleicht nur wenige historische Parallelen hat. Die Parlamentswahlen von 1993 und 1995 haben deutlich gezeigt, daß die Legitimität des neuen politischen Regimes nicht garantiert ist, weil die Werte der westlichen liberalen Demokratie, die von ihm verkündet werden, sich rasch an die Peripherie des Massenbewußtseins zurückziehen. Die Begleitumstände der Neuwahl von B. Jelzin zeugen u.a. auch von der Instabilität der demokratischen Orientierungen.

Die Situation kann sich nur dann verändern, wenn ein neues, alternatives Reformprogramm ausgearbeitet wird. Die stufenweise Herausbildung einer neuen politischen Kultur ist meiner Meinung nach ein Schlüsselmoment zur Überwindung der Krise. Die Grundvoraussetzung dieser Kultur ist die Konzeption der politischen Bildung, die dem Gesellschaftsbewußtsein neue Orientierungen nahebringt.

In einer Zivilgesellschaft sind politische Kultur und politische Bildung nicht nur voneinander untrennbar, sondern können auch in gewissem Sinn als Äquivalente betrachtet werden. Die politische Bildung ist deshalb ein kompliziertes System, das die Elemente der Kultur, die den Charakter und die Formen der politischen Sozialisation bestimmen, während des Bildungsprozesses in einen gewissen Typ politischen Verhaltens und Bewußtseins integriert. Jeder Staat strebt ungeachtet seines Charakters danach, diesen Prozeß durch zentral geleitete Entscheidungen zu kontrollieren.

Im demokratischen Staat ist die Existenz einer unabhängigen öffentlichen Meinung eine sichere Garantie für die Orientierung auf ein solches Modell der politischen Bildung, in dem der Kontrollmechanismus des Staates von seiten der Bürgergesellschaft unterstützt und verstärkt wird. Ein solches System, das sich auf Interessenpluralismus mit solchen Attributen wie Autonomie, Selbstgenügsamkeit, Freiheit u.a. beruft, bezeichnet G. Sartori als „Bildung“ im Gegensatz zu „Indoktrination“, (G. Sartori 1992, 108). M. Oakshott seinerseits teilt die politische Bildung in „professionelle“ und „universelle“ Varianten im Gegensatz zur „ideologischen Bildung“, die auf Erlernung streng formulierter „ideologischer Texte“ basiert (M. Oakshott 1962, 116).

In der heutigen Welt sind alle oben genannten Modelle der politischen Bildung weit verbreitet. Für spezifisch

westlich wird nur das pluralistische Bildungsmodell gehalten, das von Staatskontrolle relativ frei ist. Dieses ist als Ergebnis einer langen Evolution sowohl der staatlichen Institutionen als auch der verschiedenen Systeme der politischen Philosophie entstanden. Die Grundinstitutionen, in denen sich die entsprechenden Bildungsprozesse kristallisieren, sind: 1) das System der universellen (freien) Bildung in staatlichen und privaten Schulen und 2) das heutige System der Universitätsbildung. In beiden Systemen realisieren sich auf verschiedenen Ebenen drei Hauptaspekte der politischen Bildung: a) Formulierung, Festigung und Übertragung von allgemeinen Grundlagen der politischen Weltanschauung; b) Aneignung der Gesamtheit politischer Disziplinen (die Ebene des wissenschaftlichen Begreifens von Politik und des Phänomens des Politischen) und schließlich c) die Vorbereitung sowohl zur Teilnahme an Wahlen als auch zur professionellen politischen Tätigkeit.

Die politische Elite, die über diese Institutionen Kontrolle ausübt, ist deshalb fähig, auf die Formen und Inhalte der politischen Sozialisation und infolgedessen auf andere Sphären des sozialen Lebens einzuwirken. Das Maß einer solchen Kontrolle ist durch das Verhältnis von Bildung und Indoktrination in den Unterrichtsprogrammen definiert, d.h. durch den Grad politischer Freiheit. Einzelne Elemente politischer Bildung können im Rahmen autoritärer Regime entstehen, aber sie verschwinden sofort, wenn sich der Autoritarismus in eine Variante des Totalitarismus verwandelt.

Der heutige Charakter der politischen Bildung in den westeuropäischen Ländern und den USA wurde von der optimistischen Überzeugung der Intellektuellen geprägt, daß die notwendige Bildungsreform durchgeführt werden kann. „Wir können“, schrieb J. Dewey, „in Schulen den Plan projektieren, der dem Gesellschaftstyp entspricht, den wir zu erreichen trachten.“ (R. B. Westbrook 1992, 192)

Man kann diese Orientierung schon im klassischen Werk von J. S. Mill „Betrachtungen über die repräsentative Demokratie“ finden, wo die Begriffe „demokratische Regierung“ und „Erziehung“ nicht selten als Äquivalente betrachtet werden (J. S. Mill 1971, 52). Das von dem englischen Philosophen formulierte Grundprinzip – „das Wesen der demokratischen Konstitution ist die allgemeine Staatsbürgerschaft. Alle Leute müssen Bildung erhalten, um Bürger werden zu können“ – ist als theoretisches Fundament zeitgenössischer Demokratietheorie anerkannt. Die heutigen Anhänger von Mill sind völlig davon überzeugt, daß mit Hilfe spezieller Schulprogramme und entsprechender didaktischer Methoden die rationalistischen Prinzipien der demokratischen Politik nicht nur erhalten und verstärkt, sondern auch in ein Hauptinstrument politischer Erziehung und Sozialisation verwandelt werden können. Es ist übrigens auch nicht zufällig, daß die Anhänger dieser Richtung die Fachorientierung der Schulbildung durchaus ablehnen und die Einführung von freien, humanistischen, allgemeinbildenden Programmen in allen Schulen fordern (M. Adler 1991, 126).

Die Ergebnisse soziologischer Umfragen in amerikanischen Städten zeigen, daß eine solche radikale Haltung eine ziemlich starke Unterstützung hat. Das realisiert sich sowohl in Forderungen, den Bildungsstandard zu verbessern, als auch im Vorzug, den die Amerikaner katholischen und protestantischen allgemeinbildenden Privatschulen geben (I. Crespi 1988, 43, 80–81; R. Dahl 1989, 142 ff., 156–162; M. Yanowitz 1985, 92–112; D. Jankelovich 1991, 166 ff., 249).

In der Bundesrepublik Deutschland wurde Anfang der neunziger Jahre – bei der Diskussion über die Rolle von neuen didaktischen Methoden in der modernen Schule – der politischen Bildung große Aufmerksamkeit geschenkt, die jetzt als ein Pfeiler der Zukunftspolitik betrachtet wird. P. Weinberger hat die Ergebnisse dieser Diskussion wie folgt formuliert: „Zukunft“ als Ziel und Inhalt politischer Bildung ist erst in Ansätzen als zentrales Relevanzkriterium der politischen Didaktik akzeptiert ... Wenn aber immer deutlicher wird, daß das Überleben der Gattung Mensch und des Planeten Erde entscheidend davon abhängt, ob und wie weit es gelingt, in den einzelnen Wissenschaftsdisziplinen, insbesondere in den Sozialwissenschaften, ‘Zukunftswissen’ zu entwickeln und für die praktische Politik verfügbar zu machen, dann muß gefordert werden, daß dieses ‘Zukunftswissen’ auch in die Ziel- und Inhaltskataloge sowie das Methodenrepertoire der politischen Bildung eingeht“ (P. Weinberger 1990, 316).

Die Frage nach den Perspektiven des politischen Wissens und der politischen Bildung wäre unverständlich und praktisch unmöglich, wenn man nicht die Impulse zur Entwicklung des liberalen Denkens berücksichtigt, die immer wieder von der Sphäre der Universitätsbildung ausgestrahlt wurden. Der Platz der Universität als einer einzigartigen kulturellen Einrichtung und als Faktor demokratischer Politik wurde schon lange zwischen Anhängern der universellen und der professionellen Bildung umkämpft. Es ist klar, daß nicht alle Wissenschaftler und Politiker mit der These einverstanden sind, die im 19. Jahrhundert von J. H. Newman – dem Rektor der katholischen Universität in Dublin – formuliert wurde, die Universität sei ein Ort, wo man Zutritt zum allgemeinen Wissen als „Zweck in sich“ bekommt. (J. H. Newman 1976, II. IX, 7; I. VII, 1). Beleg für eine entgegengesetzte Auffassung von Universitätsbildung wurde die Eröffnung zuerst der professionellen Colleges in den alten Universitäten und später die Errichtung von technischen und sogar polytechnischen Universitäten.

Dieser Prozeß der Fachorientierung der Universitätsbildung wurde manchmal nicht zufällig von Anklagen gegen die Verbreitung von „subversiven“ und revolutionären Doktrinen begleitet. Zugegebenermaßen reiften die Ideen revolutionärer Umwälzungen häufig innerhalb von Universitätsmauern heran, in den Universitäten gärten revolutionäre Bewegungen, sie wurden zeitweise zu Modellen einer neuen politischen und sozialen Ordnung. Die Frage ist aber, in welchem Grade die Universitätstradition

humanistischer Bildung dafür verantwortlich zu machen ist. Besitzer von Universitätsdiplomen wurden sowohl zu Revolutionären als auch zu bekennenden Konservativen, Bürokraten und Militaristen.

Die vorgelegten Belege bestätigen im wesentlichen nur einen Satz: die Universitäten sind ungeachtet ihres sozialen Status und nicht selten konjunkturbedingter Bildungsorientierungen für alle Tendenzen offen, die in der Gesellschaft existieren. Sie üben eher einen indirekten Einfluß auf diese Tendenzen aus, als daß sie das Laboratorium der Revolution sind.

Man darf deshalb behaupten, daß die Universitätsbildung heute nur in einer solchen Gesellschaft einen eigenen Status erwerben kann, in der die Politik auf das Erlangen von Konsensus, nicht aber auf die Entfesselung von Konflikten ausgerichtet ist. So wird die Universität nur dann zur Quelle von neuen Konzeptionen der politischen Bildung, wenn die praktische und ideologisch engagierte Politik außerhalb ihrer Mauern bleibt und die Sprache der Philosophie und der Geschichte den ihr gebührenden Platz einnimmt. Dies setzt voraus, daß die „ersten Prinzipien“ der Universitätsbildung in Kraft bleiben.

Es gibt viele Wege, sich von der Tradition der freiheitlichen Bildung zu verabschieden. Manchmal erscheinen sie als erzwungen und einzig möglich. In den dreißiger und vierziger Jahren, als viele Menschen überzeugt waren, daß liberale Werte unter dem Druck totalitärer Diktaturen endgültig begraben würden, machte K. Mannheim die liberale Bildung sowohl für die totalitäre Entartung Deutschlands verantwortlich als auch für die Unfähigkeit der damaligen Demokratien, mit der prinzipiell neuen Situation fertig zu werden.

Zur selben Zeit hatte J. Schumpeter in seinem Buch „Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie“ im allgemeinen die Möglichkeit bezweifelt, „die klassische Konzeption der Demokratie“ zu realisieren, da diese Konzeption weder der Menschennatur noch den Realitäten des menschlichen Verhaltens, die ständig die Irrationalität dieser Natur bekräftigten, entsprechen. In der politischen Sphäre verschafft Bildung, wie K. Mannheim bemerkt hat, den Menschen keine Vorzüge, weil das aus der Bildung stammende Verantwortlichkeitsgefühl üblicherweise nicht über die Grenzen ihrer Berufsausübung hinausgeht. Allgemeine politische Entscheidungen sind deshalb gebildeten Bevölkerungsschichten wie unbewanderten Spießbürgern gleichermaßen unzugänglich. Demokratietheorie kann also nur dann behilflich sein, wenn sie ein notwendiges Minimum von Partizipation begründet und den konkurrierenden Eliten und der Bürokratie die praktische Entscheidung politischer Fragen überläßt (J. Schumpeter 1976, 256 f., 261–262, 284–285).

Es ist unschwer zu bemerken, daß im heutigen Rußland die Argumentation und die Konsequenzen, die K. Mannheim, J. Schumpeter und viele andere Wissenschaftler,

die von den Möglichkeiten der zeitgenössischen Demokratie enttäuscht waren, gezogen hatten, auf den ersten Blick als adäquate Begründung für den Platz und die Rolle der politischen Bildung herangezogen werden können. Allerdings gewähren der Übergangscharakter des politischen Prozesses und die heutigen Klassenbeziehungen nicht die geringsten Chancen, das westliche Modell liberaler Demokratie zu realisieren. Das Land tritt aufs Neue in eine Periode ein, die von M. Weber prophetisch Epoche des Scheinkonstitutionalismus genannt wurde (M. Weber 1988, 66 ff.). Die Kombination von erklärtem Konstitutionalismus mit bürokratischer Regulierung eröffnet den realen Weg zur allmählichen Herausbildung von Strukturen der sozialen Demokratie, die durch die hervorstechende Elitenkonkurrenz in der politischen Sphäre und die Wechselwirkung von Sozialismus und Kapitalismus in Wirtschaft und Ideologie gekennzeichnet sind. Ein solches Modell von J. Schumpeter wurde übrigens als völlig lebenskräftig sogar für den kapitalistischen Westen betrachtet.

Unter diesen Bedingungen wird staatliche Politik in der Bildungssphäre zu einem der wichtigsten Indikatoren zukünftiger politischer Entwicklung, und dies umso mehr, als die Bildungsinfrastruktur, die vom sozialistischen Staat hinterlassen wurde, bei entsprechender Weiterentwicklung ein sicherer Garant für die Stabilität demokratischer Wahlen werden könnte.

Die Sowjetunion war eine „Technotopie“, d.h. „ein politisches Regime, das seinen Bürgern einen technologischen Sprung zur qualitativ besseren Existenz versprach“ (H. D. Balzer 1989, 1). Das Wissenschafts- und Bildungssystem, das die ideologischen Ansprüche unterstützte, war das umfangreichste in der Welt. Die Universitätsstruktur war ziemlich verzweigt und stützte sich auf die festen Traditionen der allgemeinbildenden Schulprogramme. Natürlich war die Universität unter den Bedingungen der Herrschaft einer einzigen Ideologie nur eines von vielen Elementen des ideokratischen Staates, sie führte lediglich die ihr vorgeschriebene Dienstfunktion aus. Aber der Deideologisierungprozeß, der mit der „Perestroika“ begonnen hatte, zeigte sofort die wichtige Rolle der Universitäten bei der Herausbildung einer neuen politischen Kultur auf. Allerdings schenkte man in dem reißenden Strom liberaler Rhetorik, der Ende der achtziger Jahre seinen Höhepunkt erreichte, dem Problem der politischen Bildung und der Rolle der Universitäten bei ihrer Formierung keine Beachtung. Die heutige Situation sieht noch paradoxer aus, entbehrt aber nicht der Konsequenz: die Regierungspolitik hat die wissenschaftlichen Institutionen nahezu dem Aussterben überantwortet und zugleich die Umbenennung vieler technischer Hochschulen in Universitäten gebilligt.

All diese Prozesse zeigen, daß die Jahrtausendwende für Rußland ein Wendepunkt sein wird. Unter den Krisenbedingungen kann die neue Konzeption politischer Bildung zum wichtigsten Bindeglied werden zwischen einer

sich erst konstituierenden Bürgergesellschaft und dem neuen Inhalt des Politischen, der sich den Weg durch Gruppeninteressen bahnt. Die russische Nation kann eine neue Identität im Rahmen einer neuen demokratischen Kultur nur erwerben, wenn sie sich auf Bildung stützt.

Vladimir A. Gutorov ist Lehrstuhlinhaber für Politologie an der Staatlichen Universität St. Petersburg.

Literatur

M. Adler, *Have without Have-Nots. Essays for the 21st Century on Democracy and Socialism*, New York 1991.

G. A. Almond/G. B. Powell, *Comparative Politics. A Developmental Approach*, Boston 1966.

A. Armstrong, *The Ethnic Scene in the Soviet Union: The View of the Dictatorship*, in: *Ethnic Minorities in the Soviet Union*, ed. by Erich Goldhagen, New York 1968.

H. D. Balzer, *Soviet Science on the Edge of Reform*, Boulder – San Francisco – London 1989.

S. R. Burant, *Foreign Policy and National Identity*, in: *Europe-Asia Studies*, November 1995, Vol. 47, No 7.

I. Crespi, *Public Opinion, Polls and Democracy*, Boulder – San Francisco – London 1988.

R. Dahl, *Who Governs? Democracy and Power in American Cities*, New Haven – London 1989.

E. Fromm, *Fragen zum deutschen Charakter*, in: *Gesamtausgabe*, hrsg. von Rainer Funk, Bd. V: *Politik und sozialistische Gesellschaftskritik*, München 1989.

M. Janowitz, *The Reconstruction of Patriotism. Education for Civic Consciousness*, Chicago – London 1985.

P. Kandel, *Posttotalitarnost' kak teoretičeskaja problema i regional'naja charakteristika*, in: *Mirovaja ekonomika i međunarodnye otnošenija*, H. 5, 1996.

K. Mänicke-Gyöngyösi, *Konstituierung des Politischen als Einlösung der „Zivilgesellschaft“ in Osteuropa?*, in: B. Heuer/M. Prucha (Hg.),

Der Umbruch in Osteuropa als Herausforderung für die Philosophie, Frankfurt/M. – Berlin 1995.

K. Mänicke-Gyöngyösi, *Zum Stellenwert symbolischer Politik in den Institutionalisierungsprozessen postsozialistischer Gesellschaften*, in: dies. (Hg.), *Öffentliche Konfliktdiskurse um Restitution von Gerechtigkeit, politische Verantwortung und nationale Identität. Institutionenbildung und symbolische Politik in Ostmitteleuropa*. Frankfurt/M. – Berlin 1996. *Berliner Schriften zur Politik und Gesellschaft im Sozialismus und Kommunismus*, Bd. 9.

J. S. Mill, *Betrachtungen über die repräsentative Demokratie*, hrsg. von K. L. Shell, Paderborn 1971.

J. H. Newman, *The Idea of a University Defined and Illustrated: I. In Nine Discourses Delivered to the Catholics of Dublin (1852); II. In Occasional Lectures and Essays Adressed to the Members of the Catholic University (1858)*. Edited with introduction and notes by I. T. Ker, Oxford 1976.

M. Oakshott, *Rationalism in Politics*, London 1962.

J. Rothschild, *Ethnopolitics. A Conceptual Framework*, NY 1981.

G. Sartori, *Demokratiethorie*, Darmstadt 1992.

J. A. Schumpeter, *Capitalism, Socialism and Democracy*, NY 1976.

A. D. Smith, *The Ethnic Sources of Nationalism*, in: *Survival*, Spring 1993.

M. Weber, *Zur Lage der bürgerlichen Demokratie in Rußland*, in: *Gesammelte Politische Schriften*, hrsg. von Johannes Winckelmann, 5. Aufl., Tübingen 1988.

P. Weinberger, *„Zukunftswissen“ – Plädoyer für ein neues Relevanzkriterium der politischen Bildung. Zur Theorie und Praxis der politischen Bildung*, Bonn 1990.

R. B. Westbrook, *John Dewey and American Democracy*, Ithaca – London 1992.

Yankelovich, *Coming to Public Judgement. Making Democracy Work in a Complex World*, Syracuse – New York 1991.

Myron Weiner/Samuel P. Huntington (eds.), *Understanding Political Development*, Boston – Toronto 1987.

MIG Agentur

das russische Reisebüro in Berlin

Visa und Hotelbuchung nach

Rußland, Ukraine, Weißrußland, Moldowa, Usbekistan und Georgien

Schnell und ganz ohne Formalitäten

Rheinstr. 35, 12161 Berlin,
50 m vom U-Bahnhof Walter-Schreiber-Platz,
Tel.: 030 / 851 68 63, Tel. / Fax: 030 / 851 68 42